



AfD: Flächen innerhalb der Stadt besser nutzen

Der anvisierte Traum von einer „15-MinutenStadt“, einer künstlich durchgeplanten Wohnwelt, in der alle wichtigen Orte zu Fuß oder mit dem Rad erreichbar sein sollen, bedeutet in der Realität: Keine oder kaum Parkplätze, massive Einschränkungen für Autofahrer.

Zudem wäre die Siedlung, zwischen der Mülldeponie, der Müllverbrennungsanlage, Autobahnen und dem Militärflughafen eingebettet, vielfältig belastet.

Die AfD-Fraktion lehnt das Ostfeld entschieden ab. Wir fordern stattdessen, vorhandene Flächen innerhalb der Stadt besser zu nutzen. Verdichtung und Sanierung bestehender Wohnquartiere sind wesentlich günstiger und umweltschonender als ein vollkommen neues Baugebiet.

Finanzierungslücke von rund 210 Mio.

Ostfeld –

Unkalkulierbare Kosten, zweifelhafter Nutzen

Das sogenannte Ostfeld-Projekt wird von Seiten der Stadt als große Chance für Wiesbaden verkauft. In Wahrheit werden dadurch aber unkalkulierbare Kosten verursacht, und die Landschaft zerstört. Schon jetzt zeichnen sich horrende Summen ab, die für die Erschließung des Ostfelds erforderlich wären – Gelder, die am Ende der Steuerzahler aufbringen muss. Milliardenbeträge sollen in Straßen, Wasserleitungen, Stromnetze und eine völlig neue Infrastruktur fließen. Im Jahr 2025 bestand bereits eine Finanzierungslücke von rund 210 Millionen Euro, wobei die Kosten für die im Flächennutzungsplan für das Projekt vorgeschriebene Schienenanbindung noch nicht eingerechnet sind.

Hinzu kommt: Das Ostfeld ist landwirtschaftlich genutzter Boden. Wiesbaden würde durch dieses Projekt nicht nur ein großes Stück seiner grünen Lunge verlieren, sondern auch eine wichtige Fläche für die regionale Landwirtschaft. Ein besonders skandalöser Aspekt: Das Ostfeld-Projekt basiert auf einer sogenannten Städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeit (SEM). Diese Konstruktion erlaubt der Stadt, Flächen weit unter Marktwert zu enteignen. So sollen Bauern und Grundstücksbesitzer, die oft seit Generationen dort wirtschaften, gegen ihren Willen gezwungen werden können, ihr Land abzugeben. Die AfD-Fraktion stellt sich entschieden gegen diese massive Missachtung des Eigentumsrechts.

Rathausgebäude: Sanierung mit Augenmaß!

Die Stadtverwaltung will Mängel am Wiesbadener Rathausgebäude zum Anlass für teure Sanierungsmaßnahmen nehmen. Zugegeben, es gilt einiges zu erneuern: Die Haustechnik ist veraltet, die Sicherheitsstandards unzureichend, auch Aufzüge und sanitäre Bereiche, müssen erneuert werden. Selbst die Fassade benötigt Sicherungsmaßnahmen. All das sollte nach Ansicht der AfD-Fraktion zügig angegangen werden. Doch gilt auch hier: Mit dem Steuergeld der Bürger hat die Stadt sorgsam umzugehen! Wir wollen eine Sanierung mit Augenmaß, die sich auf das Notwendige beschränkt.



Sportpark Rheinhöhe –

Kostenexplosion ohne Transparenz

Der geplante Sportpark Rheinhöhe ist ein Paradebeispiel für die fehlgeleitete Politik im Wiesbadener Rathaus. Die Kostenexplosion zeigt eindrücklich, wohin dieser Weg führt: In der Machbarkeitsstudie von 2017 war noch von 63 Millionen Euro die Rede. Mittlerweile werden die Kosten mit 142 Millionen Euro netto veranschlagt, hinzu kommt eine empfohlene Risikovorsorge womit wir bereits bei 153 Millionen Euro wären. Vermutlich dürften bis zum Abschluss des Projekts mehr als 200 Millionen Euro Kosten entstehen. Das ist eine Summe, die Wiesbaden sich schlicht nicht leisten kann.

Es ist fraglich, ob bei den ursprünglichen Kostenkalkulationen Bau- preisseigerungen überhaupt nicht eingeplant wurden oder ob man zu niedrig angesetzt hat, um eine Genehmigung durch das Stadtparlament zu erleichtern. Zwar wird inzwischen behauptet, dass zwei Drittel des zusätzlichen Mittelbedarfs auf die Steigerung der Baukosten zurückzuführen sei, doch eine detaillierte Aufschlüsselung fehlt bis heute. Für den kommunalen Eigenbetrieb „Mattiaqua“ muss die Stadt bereits jetzt einen Betriebskostenzuschuss von 13 Millionen Euro pro Jahr leisten, um eine Überschuldung zu verhindern. Wenn die Zinskosten für den Sportpark Rheinhöhe erst ihre volle Wirkung entfalten, wird der Zuschussbedarf noch weit höher ausfallen.

BERICHT AUS DEM RATHAUS

Heimat bewahren - Zukunft gestalten





GEGEN IDEOLOGISCH MOTIVIERTE POLITIK



afd-fraktion-rathaus-wiesbaden.de

Vorwort

Unsere Arbeit in der Rathausfraktion

Liebe Mitbürger,

in dieser Broschüre informieren wir Sie über die Arbeit unserer Rathausfraktion. Wir wenden uns – häufig als einzige Fraktion – gegen die ideologisch motivierte Verkehrspolitik und die teuren Prestigeprojekte des regierenden Linksbündnisses.

So setzen wir uns für eine grundsätzliche Rückkehr zu Tempo 50 im Stadtgebiet ein. Zudem lehnen wir das Milliardengrab „KLIMA_PLAN“ ebenso ab, wie das „Ostfeld“ und den Sportpark Rheinhöhe. Bei der Rathaussanierung soll unserer Ansicht nach, das Notwendige getan werden, aber sparsam und mit Augenmaß. Und schließlich wollen wir gute Rahmenbedingungen für die Bürger auf dem Immobilienmarkt, aber keine Stadtverwaltung, die selbst den Großinvestor spielt.



Rückkehr zu Tempo 50 Schluss mit autofeindlicher Politik

Die AfD-Rathausfraktion Wiesbaden spricht sich gegen die Ausweitung flächendeckender Tempo-30-Zonen und für die Rückkehr zu Tempo 50 im Stadtgebiet aus. Zahlreiche Studien zeigen, dass Tempo 30 im Stadtverkehr nur begrenzt zur Lärmreduzierung beiträgt, gleichzeitig aber den Verkehrsfluss behindert und zu mehr Staus führt. Selbst die Umweltbilanz ist mitunter negativ: Denn da die Fahrzeuge länger in niedrigen Gängen fahren müssen, steigen die Emissionen. Besonders betroffen ist der öffentliche Nahverkehr: Busse müssen sich an die Geschwindigkeitsbegrenzung halten und verlieren dadurch wertvolle Fahrzeit. Das führt zu längeren Umlaufzeiten, höheren Betriebskosten und damit zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung des ÖPNV.

Flüsterasphalt statt Tempo 30

Die autofeindliche Politik der Kooperation aus Grünen, SPD, Linken und Volt zeigt sich auch darin, dass sie weiterhin Parkplätze abbaut und Fahrspuren zu Umweltspuren umwidmet. Diese Politik verschärft die Verkehrsprobleme zusätzlich: Der Platz für den motorisierten Verkehr wird knapper, Staus nehmen zu, und der Verkehrsfluss in der Innenstadt wird weiter eingeschränkt. Die AfD-Rathausfraktion will lärmindernden Flüsterasphalt zur Senkung des Geräuschpegels in Lärm belasteten Straßen statt Tempo 30, das heißt einen sicheren Verkehrsfluss statt der Benachteiligung tausender Autofahrer.



Bild Quelle: 16835763/Shutterstock

Der Wiesbadener „KLIMA_PLAN“ – Ein Milliardengrab

Die deutschen Gemeinden sollen bis 2045 „klimaneutral“ sein. Das heißt, vereinfacht ausgedrückt: Es dürfen ab da keine fossilen Brennstoffe mehr verwendet werden. Obwohl der tatsächliche Effekt solcher Maßnahmen auf das Weltklima bislang nicht seriös nachgewiesen werden konnte, will die Stadt Wiesbaden hier vorne mit dabei sein. Zwar wurde das völlig unrealistische Ziel der „Klimaneutralität“ bis 2035 (!) wieder aufgegeben, mit dem am 6. Mai 2025 im Umweltausschuss vorgestellten KLIMA_PLAN wird sich die Stadt jedoch ein Milliardengrab schaufeln. Die AfD-Fraktion lehnt den Plan entschieden ab und wird weiterhin darauf drängen, dass dieser aufgegeben wird.

10.600.000.000 Euro Gesamtkosten!

Der Ausbau des Wärmenetzes hat bereits begonnen, wie die Wiesbadener Autofahrer leidvoll erfahren müssen. Denn viele der Straßenbaustellen dienen der Verlegung von Röhren für die Fernwärme. Ab 2045 soll kein Erdgas mehr durch das ESWE-Netz fließen. Der wichtigste Teilaспект ist das Wärmeplanungsgesetz (WPG). Es schreibt vor, dass Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern – also auch Wiesbaden – ihren Wärmeplan bis zum 30. Juni 2026 vorlegen müssen. In der Präsentation, die im Mai dieses Jahres vorge stellt wurde, werden als Gesamtkosten bis 2045 ca. 10,6 Milliarden Euro angegeben. Den größten Teil davon, nämlich sage und schreibe 7,2 Milliarden Euro trägt der Bürger direkt: Für die Umrüstung der Heizung, für Wärmedämmung am Haus etc. Hinzu kommt, dass die Mittel, welche die Stadt aufwendet, aus den Steuern der Bürger stammen. Und die zusätzlichen Kosten der Industrie werden ebenfalls auf die Bürger umgelegt. Mögliche Werksschließungen und Arbeitsplatzverluste sind hier noch gar nicht eingepreist.

**10.600.000.000 Euro
Gesamtkosten!**



Wiesbaden

Stadt Wiesbaden spielt Großinvestor auf dem Immobilienmarkt

Die Stadt Wiesbaden ist als Großinvestor auf dem Immobilienmarkt präsent. Sie kauft verstärkt Grundstücke an, hält sie zurück und lässt sie über städtische Gesellschaften wie die SEG oder die GWW bebauen. Nach eigenen Angaben bezweckt die Stadt damit, Einfluss auf die Stadtentwicklung zu nehmen, Bodenspekulation zu verhindern und „bezahlbaren Wohnraum“ zu schaffen. Aus Sicht der AfD-Rathausfraktion ist dieser Ansatz jedoch höchst problematisch. Zum einen bindet er enorme finanzielle Mittel, die der Steuerzahler aufbringen muss und die an anderer Stelle fehlen – man denke etwa an den gewaltigen Investitions- und

Sanierungsstau bei Schulen, Straßen und der städtischen Infrastruktur. Zum anderen führt die aktive Bodenpolitik zwangsläufig zu Wettbewerbsverzerrungen. Private Bauherren und Investoren werden durch die Dominanz städtischer Gesellschaften zurückgedrängt.

AfD: STADT MUSS FÜR RAHMEN- BEDINGUNGEN SORGEN

**AfD:
Stadt muss für Rahmenbedingungen sorgen**

Wir als AfD-Rathausfraktion setzen uns für einen anderen Weg ein: Die Stadt muss nicht selbst Bauträger spielen, sondern vielmehr für klare Rahmenbedingungen sorgen. Dazu gehört eine vorausschauende Ausweisung von Bauflächen, die Entbürokratisierung von Genehmigungsverfahren und eine faire Behandlung privater Investoren. Nur durch eine solide, marktorientierte Planung können wir bezahlbaren Wohnraum ermöglichen, ohne die Stadtfinanzen aufs Spiel zu setzen. Wiesbaden braucht weniger staatliche Eingriffe und mehr Freiheit für Bürger, Eigentümer und Investoren.